

Verhandlungsprotokoll  
der 69. Sitzung des Bundesrates vom 24. November 1959

Vorsitz: Hr. Bundespräsident P. Chaudet

Abwesend: Hr. Holenstein (krank)

Schriftführer: HH. Oser und Weber

Protokolle: Keine

Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 55

Demissionserklärung von Herrn Lepori

Herr Bundesrat Lepori nimmt an der Sitzung teil. Der Herr Bundespräsident begrüsst ihn offiziell und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass seine Gesundung weitere gute Fortschritte machen werde. Herr Bundesrat Lepori antwortet, er hätte bis zuletzt gehofft, das Amt wieder antreten zu können. Nun gestatte ihm aber sein Gesundheitszustand nicht, diesen Schritt zu wagen. Nach Ansicht der Aerzte könnte die Arbeitsbelastung bei Wiederaufnahme der Tätigkeit fatale Folgen für die Gesundheit haben. Er erkläre deshalb, dass er sich nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stelle. Er dankt dem Herrn Bundespräsidenten für die freundlichen Worte und allen Kollegen für die erwiesene Kollegialität und den ausgezeichneten Geist der Zusammenarbeit.

Herr Bundespräsident Chaudet stellt fest, dass der Bundesrat von dieser Sachlage und dem Entschluss des Vorstehers des PED leider nur mit grossem Bedauern Kenntnis nehmen könne. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Entlastung von der Bürde des Amtes und die folgende Ruheperiode den erhofften Erfolg im Gesundungsprozess bringen werden. Der Herr Bundespräsident benützt diese Gelegenheit, um dem Rat auch offiziell Kenntnis zu geben von den Demissionserklärungen der Herren Etter, Streuli und Holenstein. Für die Uebrigbleibenden bedeute das eine sehr schmerzliche Lücke in einem Team, das sehr gut zusammengearbeitet habe. Es habe sich mit diesen Rücktritten etwas ereignet, das noch lange schwer auf dem Bundesrat lasten werde. Er dankt sämtlichen Zurücktretenden für die dem Lande geleistete wertvolle Arbeit und für ihre Kollegialität. Er spricht die Hoffnung aus, dass sich auch der Gesundheitszustand des Herrn Holenstein nach dieser Entlastung gründlich bessern werde.

Herr Streuli entschuldigt sich für den nicht ganz programm-mässigen Ablauf der Demissionsangelegenheit, bei der die Mitteilung an die Presse leider zu früh heraus gegangen sei. Er verdankt auch im Namen von Herrn Etter die freundlichen Abschiedsworte des Präsidenten.

Es wird beschlossen, dass der Herr Bundeskanzler die Presse über die neueste Rücktrittserklärung orientieren soll. Herr Lepori hat auch dem Herrn Nationalratspräsidenten seinen Rücktritt in einem offiziellen Schreiben mitgeteilt.





## Mitteilungen des Vorstehers des EPD

### Gründung der Kleinen Freihandelszone. Ministerkonferenz in Stockholm

Herr Petitpierre orientiert über die Genehmigung des Vertrages über die europäische Freihandelsassoziation. Die Presse habe sehr ausführlich darüber berichtet. EPD und EVD würden dem Bundesrat schriftliche Berichte unterbreiten. Die Schweizerische Delegation sei sehr aktiv gewesen. Herr Petitpierre konnte erreichen, dass der Konventionstext zweisprachig (englisch und französisch) abgefasst wurde. Schon nur im Hinblick auf den Sitz in Paris wäre es ein grosser Fehler gewesen, wenn die Konvention nur in englischer Sprache herausgekommen wäre. Die schweiz. Delegation habe die vollständige Uebersetzung von Vertrag und Beilagen ins Französische an die Verhandlungen mitgebracht. Nachher habe Herr Petitpierre seinen Vorstoss gemacht wegen der Aufnahme von Verhandlungen mit den Regierungen des Gemeinsamen Marktes. Dabei sei die Schweiz unterstützt worden von Dänemark und Oesterreich. Die Hoffnung auf eine Unterstützung durch Portugal und Schweden habe sich nicht erfüllt. England habe sich entschieden gegen eine Note an die Staaten des Gemeinsamen Marktes ausgesprochen. Schliesslich habe man sich auf eine Resolution geeinigt, in der einige Partien des schweizerischen Entwurfes zu einem Notentext aufgenommen wurden. Diese Resolution wurde den Ländern des Gemeinsamen Marktes mitgeteilt. Auch das könne mindestens als ein grosser Teilerfolg gebucht werden, da nun die gewünschten Kontakte mit dem Gemeinsamen Markte wieder geschaffen seien. Den Mitarbeitern in der schweizerischen Delegation zollt Herr Petitpierre volle Anerkennung. Sie haben das Terrain ausserordentlich gut vorbereitet für unsere Wünsche und hätten sogar bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Staaten eine einigende Formel gefunden. Der Vorbehalt wegen der Fiskalzölle sei angebracht und im Protokoll vermerkt worden. Als Sitz der Freihandelszone sei Paris bestimmt worden. Der Geist der Verhandlungen sei bemerkenswert gut gewesen. Die Gastfreundschaft Schwedens, das sämtliche Spesen der Konferenz (über 100'000 Franken) übernommen habe, stehe einzig da.

Herr Petitpierre stellt fest, dass man beim Gemeinsamen Markt immer geglaubt hätte, die Freihandelszone der 7 werde nicht zustande kommen. Nachdem sie jetzt eine Realität geworden sei, scheine die künftige Entwicklung nicht so schlecht zu werden. Nun soll die Brücke geschlagen werden zum Gemeinsamen Markt. Mit den Holländern seien wir einig. **Auch** unsere übrigen Freunde im Gemeinsamen Markt seien nun aufgemuntert, die Fäden wieder aufzunehmen. Man sehe im Gemeinsamen Markt bereits eine Herabsetzung der Zölle um 20 % vor, auch für die Länder der Freihandelszone. Herr Petitpierre wird in der Dezembersession der Oeffentlichkeit in Beantwortung einer Interpellation der Kommission für Auswärtiges alle erwünschten Aufschlüsse geben.

Herr Streuli gibt dem Rat seine Eindrücke von seinen Gesprächen mit den Herren Erhard und Rueff bekannt, deren Vorträge in Zürich er gestern angehört habe. Auch bei diesen beiden Exponenten scheine die Meinung zu bestehen, dass man miteinander



reden und zu einer Verständigung gelangen sollte.

Herr Lepori wirft die Frage auf, ob man nicht daran denke, unsern Beitritt zur Kleinen Freihandelszone vom Volke ratifizieren zu lassen, wie seinerzeit den Beitritt zum Völkerbund?

Herr Petitpierre antwortet, dass er dies zuerst auch als erwünscht erachtet hätte. Nach der Bundesverfassung sei dies aber nicht möglich. Beim Völkerbund habe man den Ausweg darin gefunden, dass der Beitritt in Form eines Verfassungszusatzes beschlossen worden sei. Wenn wir einer weltweiteren Organisation wie der UNO beitreten müssten, könnte dieser Weg wieder in Frage kommen. Bei einem auf einen nur relativ kleinen Staatenkreis beschränkten Vertrag dürfte das doch zu weit gehen. Richtig sei allerdings, dass wir uns auf einen neuen Weg engagieren, wobei wir nicht wissen, wie alles schliesslich enden werde.

Herr Streuli wünscht, dass die Frage der Volksabstimmung noch offen bleibe. Der Rat sollte einen Bericht erhalten, der über die Gründe Aufschluss gibt, weshalb die Volksabstimmung rechtlich nicht in Frage kommen könne.

### Schriftliche Anträge

#### Politisches Departement

Als neue Geschäfte gelangen zur Behandlung: Einholen des Agréments für Herrn Werner Fuchss als Botschafter in Griechenland (Ersatz für den zurücktretenden Herrn Feer). Ernennung von Herrn Beat von Fischer als ständigen schweizerischen Vertreter bei der Internationalen Atomagentur in Wien.

#### Justiz- und Polizeidepartement

##### OECE-Expertengruppen für die Bekämpfung des Flugzeuglärms

Herr Wahlen hat in seiner Stellungnahme zum Mitbericht des FZD der Festsetzung einer Tagesentschädigung von Fr. 60.- zugestimmt. Es wird nun die Frage aufgeworfen, ob diese Entschädigung für Paris genügend sei. Herr Streuli übernimmt es, generell für künftige Fälle diese Frage für alle Hauptstädte durch das Personalamt prüfen zu lassen. Im vorliegenden Fall bleibt es bei den vereinbarten 60 Franken.

##### Wiedererwägungsgesuch Waldemar Kobi

Im Hinblick auf den Gesundheitszustand des Herrn Kobi wird beschlossen, das Geschäft um ca. 14 Tage zu verschieben.

#### Militärdepartement

##### Kleine Anfrage Eggenberger

Herr Streuli findet es abwegig, wenn im deutschen Text erklärt werde, es treffe nicht zu, dass beim Hunter erhebliche Konstruktionsfehler vorgelegen seien. Das Flugzeug sei doch schliesslich wegen einer Triebwerkstörung abgestürzt, nachdem es der Pilot aus dem gleichen Grunde habe verlassen müssen. Auch die Fassung, es seien "lediglich



auf der Triebwerkseite Schwierigkeiten aufgetreten", müssen nochmals überprüft werden. Mit dem "lediglich" werde der Unfall ungerechtfertigterweise verharmlost und der Ausdruck "Triebwerkseite" sei ein technischer Slogan, der vermieden werden sollte.

Herr Lepori findet, dass auch der zweite Absatz im gleichen Sinne weiter zu verharmlosen suche, wenn man den Zwischenfall, bei dem nur durch glückliche Umstände der Verlust eines Menschenlebens verhindert worden sei, als nichts Aussergewöhnliches bezeichne. Herr Streuli findet für Absatz 1 die französische Fassung besser. Den Bedenken von Herrn Lepori könnte Rechnung getragen werden, wenn man sagen würde, "dass man bei der Kompliziertheit des modernen Kriegsmaterials mit solchen Zwischenfällen rechnen müsse".

Grundsätzlich wird der Antrag gutgeheissen, aber das EMD wird beauftragt, zusammen mit der Bundeskanzlei einen Text zu finden, der diesen Beanstandungen Rechnung trägt.

#### Eidgenössisches Armeemuseum

Nachdem in der Diskussion Herr Streuli nochmals die Stellungnahme des FZD in Ergänzung zum Mitbericht umschrieben hat und nachdem über die Eignung Murtens als Standort für ein Armeemuseum diskutiert worden ist, wird beschlossen, dem Antrage des EMD zuzustimmen, immerhin mit dem von Herrn Streuli gewünschten Vorbehalt, dass damit die eigentliche Finanzierung bei Ausführung des Projektes nicht präjudiziert werden dürfe und dass massgebliche Beiträge von dritter Seite fliessen müssten, bis eine Beteiligung des Bundes in Frage kommen könnte.

#### Finanz- und Zolldepartement

##### Bauordnung

Auf Wunsch von Herrn Etter, der noch die zuletzt eingegangenen Mitberichte studieren muss und einen Mitbericht des EDI vorlegen will, wird das Geschäft auf Freitag verschoben.

#### Volkswirtschaftsdepartement

##### II. Bericht über die Lage der Landwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik (Termin für die Behandlung)

Herr Streuli ist der Meinung, dass der Antrag unnötig sei und offenbar auf einem Irrtum beruhe. Er habe ja dem EVD mitgeteilt, dass das FZD sobald wie möglich mit dem Mitbericht herauskommen werde. Dieser Mitbericht werde am Montag bei den Departementen eingehen. Sobald das EVD dazu Stellung genommen habe, könne das Geschäft behandelt werden.

Der Antrag des EVD wird dementsprechend als gegenstandslos zurückgenommen.



AusspracheBundeskanzleiMassnahmen zur Erleichterung der Arbeit des Bundesrates  
(Fragebogen der BK)

Der Rat durchgeht der Reihe nach den von der BK aufgestellten Katalog der zu prüfenden Fragen.

A. Frage 1: Es wird beschlossen, den Entwurf des JPD über die Verwaltungsgerichtsbarkeit abzuwarten und hier weiter nichts zu unternehmen. Insbesondere sollen jetzt keine Rekurskommissionen (Antrag EVD) ernannt werden.

Frage 2: Diese Frage soll vom JPD und FZD geprüft werden, die dem Bundesrat eine Delegationsverordnung vorlegen sollen.

Herr Petitpierre regt an, auch die Frage zu prüfen, ob man nicht weitere bundesrätliche Delegationen schaffen könnte, denen man grössere Geschäfte übertragen würde. Herr Lepori empfiehlt, das zuerst noch näher zu prüfen. Eine Delegation der Aufgaben des Bundesrates an eine Kommission von zwei oder drei Mitgliedern widerspreche dem Grundsatz der Verfassung, wonach die Beschlüsse vom Bundesrat als Behörde ausgehen müssen. Dagegen seien solche Delegationen für die Vorbereitung der Geschäfte sehr nützlich.

Herr Streuli gibt zu bedenken, dass die Entlastung des Gesamtkollegiums auf Kosten der Mehrbelastung derjenigen Mitglieder gehen würde, die einer solchen Delegation angehören. Es würde aber noch die Möglichkeit bestehen, eine Landwirtschaftsdelegation des Bundesrates zu schaffen.

Auf Antrag Petitpierre beschliesst der Rat grundsätzlich die Schaffung einer Landwirtschaftsdelegation des BR. Das EVD wird beauftragt, hiefür einen schriftlichen Antrag auszuarbeiten.

B. Frage 1: Der Rat teilt hier die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, dass man mit der Erhöhung der Summe für gesetzliche Beiträge, die durch Präsidialverfügung entschieden werden, auf 250'000 Franken schon weit genug gegangen sei. Die BK wird beauftragt, eine Liste der Geschäfte, die durch Präsidialverfügung erledigt werden sollten, aufzustellen.

Frage 2: Angenommen.

Frage 3: Angenommen.

Der Herr Bundespräsident beantragt, die BK zu beauftragen, nach Durchberatung der ganzen Liste von Vorschlägen, allen Departementen eine Instruktion für die Erleichterungsmassnahmen zugehen zu lassen in Form einer Aufzählung dieser Massnahmen.

Frage 3a: Herr Streuli würde eine Bestimmung aufnehmen, wonach alle Mitglieder des Bundesrates am Freitag an der Sitzung teilzunehmen haben. Herr Etter ist damit einverstanden, dass dieses Prinzip aufgestellt werde, doch hält er es nicht immer für realisierbar. Diese Frage stehe in naher Verbindung zur Frage, ob sich der Departementschef nicht in den Kommissionssitzungen durch einen Abteilungschef



vertreten lassen könnte. Das werde von den eidg. Räten aber gar nicht so gerne gesehen. Die Lösung spiele auch nur, soweit es sich um rein technische Fragen handle. Sobald politische Fragen mit hineinspielen würden, könne nur der Departementschef entscheiden.

Herr Wahlen ergänzt den Antrag Streuli wie folgt: "Wenn eine Kommission trotz der aufgestellten Regel an einem Freitagen tagen muss, dann solle die Sitzung in Bern stattfinden." Herr Petitpierre findet, man müsse das ganze Problem der Vertretung des Bundesrates vor dem Parlament und vor den Kommissionen und bei Konferenzen mit Verbänden etc. im Zusammenhang studieren. Man müsse möglichst mit der Praxis der Kommissionssitzungen ausserhalb Berns aufhören. Man könnte auch eine gewisse Konzentration vornehmen von kleinen Geschäften, die der gleichen Kommission überwiesen und an ein und derselben Sitzung behandelt werden. Unlängst habe man für Fragen, die alle durch die Kommission für Auswärtiges an einem Tage hätte behandelt werden können, verschiedene Kommissionen ernannt, von der natürlich jede Ort und Zeit selbständig bestimmt habe.

Herr Etter hält dafür, dass der Bundesrat den Kommissionen nicht vorschreiben könne, wo sie tagen sollen. Bei grösseren Gesetzesvorlagen sei es vorteilhaft, wenn man ausserhalb Berns tage. Bei Augenscheinen sei das sogar meistens erforderlich.

Herr Streuli will auf diese Fragen nochmals zurückkommen bei Behandlung der Frage auf S. 3 und dort einen Antrag 10a einbringen.

Herr Lepori macht darauf aufmerksam, dass man bei Augenscheinen mit Vorteil für den Augenschein die Kommission beider Räte zusammennehme.

C. Frage 1: Bei den diplomatischen Veranstaltungen kann man nicht mehr viel reduzieren. Immerhin glaubt Herr Petitpierre, dass man die Zeit der Besuche noch abkürzen könnte. Die BK wird beauftragt, Richtlinien aufzustellen für den Besuch von Veranstaltungen die jährlich wiederkehren. Man sollte auch nach Möglichkeit erreichen, dass bei solchen Gelegenheiten auf bundesrätliche Ansprachen verzichtet wird.

Der Bundesrat könnte ein grundsätzlicher Beschluss über die Annahme solcher Einladungen fassen und der Oeffentlichkeit bekannt geben. Die BK soll einen Entwurf ausarbeiten.

Frage 2: Die Ergänzung der Antwort zu einer Motion oder einem Postulat durch eine kurze schriftliche Erklärung bedeutet nicht immer eine Entlastung. Die Frage, wie lange eine Antwort sein müsse, müsse der Beurteilung jedes Mitgliedes überlassen werden.

Frage 3: wird gestrichen.

Frage 4: Einverstanden. Ist schon erledigt.

Frage 5: Einverstanden.

Frage 6: Einverstanden damit, dass die Antworten in der Fragestunde vom Bundeskanzler verlesen werden.



Frage 7: Herr Petitpierre bemerkt, dass die Frage der Unterstützung des Departementschefs in den parlamentarischen Verhandlungen mit der Frage der Reorganisation der Verwaltung verbunden sei. Die öffentliche Meinung verstehe nicht, dass man keine Massnahmen dieser Art treffe. Das Organisationsgesetz sollte nun einmal bald revidiert werden. Mit Bezug auf das EVD sollte man aber jetzt schon eine Reorganisation beschliessen. Der Departementschef sollte sich nicht mit den Kleinigkeiten befassen. Er hat seine Abteilungschefs, denen man Titel und Kompetenzen geben sollte, damit sie ihn voll entlasten können. Der Departementschef soll die politischen Entscheidungen treffen. Von der Vorbereitung und Ausführung und den zahlreichen Besprechungen mit interessierten Kreisen sollte er möglichst entlastet werden. Diese "secrétaires d'Etat" könnten den Departementschef auch in den parlamentarischen Kommissionen und gelegentlich in den Räten vertreten. Der Bundesrat habe die Pflicht, dieses Problem zu lösen.

Wie der Herr Bundeskanzler mitteilt, sei die rechtliche Seite der Vertretung des Departementschefs durch Beamte in den Ratssitzungen negativ begutachtet worden. Herr Petitpierre insistiert, dass diese Frage nochmals geprüft werde für das EVD.

Herr Streuli erachtet es schon als eine Erleichterung, wenn die Fachberater die Bundesräte in den parlamentarischen Verhandlungen richtig unterstützen können. Sie sollten dabei neben dem Departementschef Platz nehmen können.

Herr Lepori sieht die beste Lösung in der Erhöhung der Zahl der Ratsmitglieder auf 9 oder noch besser sogar auf 11. Nur das gebe die richtige Entlastung. Er würde die Lösung Petitpierre nicht nur beim EVD für richtig erachten, sondern bei allen Departementen.

Herr Etter vertritt den Standpunkt, dass diese Mitarbeiter zur Auskunftserteilung mitgehen sollten. Sie sollen aber keine Anträge stellen dürfen, denn es sei eine politische Frage, ob man einen Antrag stelle, bekämpfe oder annehme.

Der Rat ist dafür, dass Frage 7 in die Liste aufgenommen wird. Herr Petitpierre erklärt nochmals, dass er noch weiter gehen würde. Frage 8 wird aber zurückgestellt.

Die Fragen 9, 10 und 12 werden ebenfalls als erheblich erklärt. Es sollte geprüft werden, welche Gesetze man dabei ändern müsste.

Herr Streuli nimmt als Frage 10a nochmals das Problem auf, das unter B. Frage 3a diskutiert wurde (keine Kommissionssitzung an Freitag oder wenn unaufschiebbar dann in Bern). Die BK soll eine Statistik der Kommissionssitzungen des letzten Jahres mit den Tagungsorten erstellen und angeben, welche Geschäfte mehrere Tage benötigt hätten und wo ein Augenschein nötig gewesen sei.

Zu Frage 11 bemerkt Herr Wahlen, dass das schon gemacht werde. Er fragt, ob es nicht möglich wäre, jedem Bundesrat einen Privatsekretär zur Verfügung zu stellen. Das wäre die grösste Hilfe. Herr Petitpierre und Herr Etter bejahen diese Möglichkeit.

Auf Antrag von Herrn Streuli wird beschlossen, die Bundeskanzlei zu beauftragen, einen Briefentwurf an die eidg. Räte auszuarbeiten, worin der Wunsch des Bundesrates, sich in der in den Fragen 6, 7, 9, 10 und 10a erwähnten Weise zu entlasten, mitgeteilt wird. An der Präsidentenkonferenz soll der Herr Bundespräsident (bzw. Herr



Petitpierre als Stellvertreter) Entlassungswünsche bereits kurz erwähnen und das Schreiben des Bundesrates in dieser Sache ankünden.

Die Behandlung der unter lit D erwähnten Frage wird auf nächsten Freitag verschoben.

### U m f r a g e

Hr. Petitpierre

#### Abschiedsessen für Kardinal Testa

Dieses Essen findet Montag 30. November 13 Uhr statt. Es nehmen daran teil die Herren Chaudet, Etter, Petitpierre, Streuli und Wahlen.

### Hr. W a h l e n

#### Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge

Dieses, wegen des Ausfallens der letzten Freitagsitzung durch Präsidialverfügung genehmigte Geschäft, wird entsprechend dem in der Sitzung vom 17. November beschlossenen Vorgehen ratifiziert.

### Präsidialvorbringen

#### Teilnahme an der Feier für die Wahl von Ständeratspräsident

##### Despland

Der Uebung entsprechend ist nichts dagegen einzuwenden, dass der Herr Bundespräsident an dieser Feier teilnimmt.

### Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 68. Sitzung vom 17. November wird unverändert genehmigt.

\* \* \*